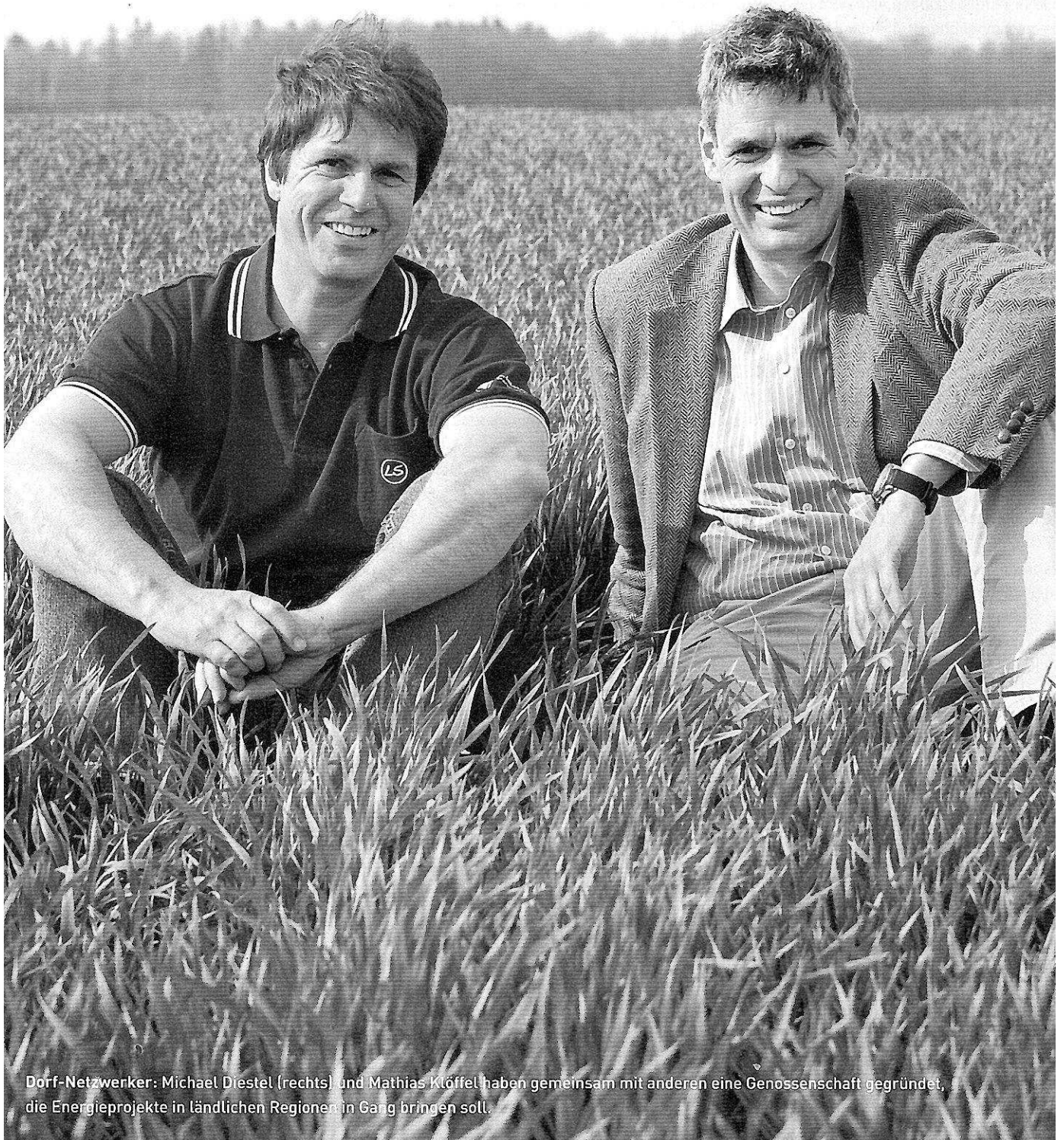


Genosse Sonne

Es ist kein Boom, aber ein Trend: Erneuerbaren-Anlagen werden im wachsendem Maße von Genossenschaften finanziert. Langfristige Orientierung und ein Schuss Idealismus sind Voraussetzung für diese Unternehmensform.



Dorf-Netzwerker: Michael Diestel (rechts) und Mathias Klöffel haben gemeinsam mit anderen eine Genossenschaft gegründet, die Energieprojekte in ländlichen Regionen in Gang bringen soll.

Text: Dierk Jensen, Foto: Martin Leissl

Sie sind im gleichen Jahr, 1818, auf die Welt gekommen: Karl Marx und Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Wie man weiß, haben sich beide eingehend mit der sozialen Frage beschäftigt. Während Marx mit seinen Ideen den Lauf der Weltgeschichte veränderte, fiel die Wirkung von Raiffeisens Gedankengut zur Überwindung der Armut bescheidener aus. Doch seine Ideen der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise reichen weit in die Gegenwart hinein. Banken und Landhandelsfirmen tragen seinen Namen, sind ursprünglich genossenschaftliche Unternehmungen.

In Zeiten von Globalisierung und ‚credit crunch‘ erlebt dieses etwas angestaubte Modell nun wieder Zuspruch, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien. „Wir haben einen regelrechten Lauf“, sagt Michael Diestel von der Agrokraft aus Bad Neustadt an der Saale. Im vergangenen Jahr hat er im Landkreis Rhön-Grabfeld zusammen mit anderen die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG gegründet. Mit 35 Genossen gestartet, ist sie zwischenzeitlich auf 260 Mitglieder angewachsen. Gerade wird die Tribüne des TSV Großbardorf mit einer 120-Kilowatt(kW)-Photovoltaikanlage bestückt, weitere Projekte sind geplant.

Diestel will „interkommunale Energiegebiete“ aufbauen, die den ländlichen Raum stärken. „Das Geld des Dorfes für das Dorf“, lautet sein Leitsatz. In der Genossenschaft sieht er ein Instrument, mit dem Menschen im ländlichen Raum vom Bittsteller zum Akteur werden können. Diese Gesellschaftsform könne zwei Barrieren überwinden, argumentiert Diestel: die „fehlende Initiativkraft“ in den Kommunen und die leidige Haftungsfrage bei Personengesellschaften (neue energie 10/2009).

Kommunen:

Problem Gewinnorientierung

„Arbeiten, beten und Sport treiben unter dem Dach der Energiegenossenschaft“, skizziert Diestel die Zukunftsperspektiven. Nicht nur Solarenergie, auch Windenergie, Wärmenetze und Biomasse will er in seiner Region voranbringen. „Wir sind alles andere als Sozialromantiker“, stellt er klar. „Mit unserem Modell bieten wir jedem Dorfbewohner die Möglichkeit, mitzumachen. Das ist gerade hinsichtlich des Neidfaktors ungeheuer wichtig“, so Diestel. In seiner Vi-

sion ist die Bundesrepublik von einem ganzen Netz aus Dorfwerke-Genossenschaften überzogen.

Dazu müssten die Kommunen als politische Körperschaften stärker als bisher in Aktion treten. Bei der Energiegenossenschaft Odenwald eG ist das gelungen. Die Genossenschaft, kaum mehr als ein Jahr alt, wird bis 1. Juli bereits circa 15 Millionen Euro in der Region investiert haben: in 30 solare Dachanlagen und zwei Freianlagen. Außerdem ist die Reaktivierung einer kleinen Wasserkraftturbine mit 100 kW Leistung in Arbeit, an der eine Gemeinde mitbeteiligt ist. Obgleich das genossenschaftliche Unternehmen überschussorientiert ist, sieht ihr Vorsitzender, Christian Breunig, in der Beteiligung der Gemeinde „kein Problem“. Allenfalls sei dies verwaltungstechnisch komplizierter zu bewerkstelligen, weil die Gemeinden ihren Aufsichtsbehörden en detail verklückern müssen, dass sie sich nicht aus reinen Gewinnabsichten beteiligen, sondern zuerst das Gemeinwohl der Kommune im Blick haben.

Das Problem: Die bundesdeutsche Gemeindeordnung verbietet eine Beteiligung an gewinnorientierten Unternehmungen. Nach dieser Vorgabe orientieren sich die zuständigen Kommunalaufsichtsbehörden. Deshalb musste auch Alexander Nicolaisen, Bürgermeister in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Honigsee, viel Überzeugungsarbeit leisten, bis er Bedenken der Kommunalaufsicht gegenüber der geplanten kommunalen Beteiligung an einer Nahwärmenetz-Genossenschaft ausräumen konnte. „Bei unserer Genossenschaft, bei der wir große Teile unseres Dorfes mit der Abwärme von einer Biogasanlage versorgen, ist die Gemeinde nun mitbeteiligt. Wir haben von der Genossenschaft stimmrechtslose Genussrechte in Höhe von 100 000 Euro mit drei Prozent über dem aktuellen Basis-Zinssatz erworben, die zu einem späteren Zeitpunkt wirksam werden, wenn die Darlehen zurückgezahlt sind“, erklärt er das Modell, das allen Dorfbewohnern zugute kommt. Für den 64-jährigen Volkswirt ist das auch ein „politisches Signal“. Nicolaisen sieht in der Genossenschaft zwei große Vorteile gegenüber anderen Kapitalgesellschaften: „Ein Mann, eine Stimme, und zwar unabhängig von der Höhe der Beteiligung“, so Nicolaisen, sei ein star-

kes Argument für diese Gesellschaftsform im Gegensatz zu einer GmbH & Co. KG. „Die Genossenschaft ist weniger kapitalistisch und dafür demokratischer“, findet er. Zudem könnten Gewinne auch nach Veröffentlichung des Jahresabschlusses noch durch so genannte Rückvergütungen, beispielsweise durch einen günstigeren Wärmeabnahmepreis, deutlich gesenkt werden. Das minimiere die steuerliche Belastung der Genossenschaftsmitglieder.

Eine andere Variante war in der Gemeinde Nübbel, im Kreis Rendsburg, geplant. Die Kommune wollte 15 Prozent des Eigenkapitals für einen Windpark stellen und mit einem Prozent des Jahresumsatzes Vereine und Initiativen im Ort sponsern. Trotz dieser sozialen Komponente hat eine Bürgerinitiative einen Bürgerentscheid erzwungen, bei dem im April über die vorher von der Gemeindeversammlung vorgenommene Meldung von neuen Windvorrangflächen für den Landesentwicklungsplan abgestimmt wurde. Dabei entschied sich eine knappe Mehrheit der Gemeindeglieder gegen die Ausweisung der Flächen: Der Gemeinderat musste seinen Vorstoß wieder zurücknehmen.

Ein Energieparlament im Kleinen Burghard Flieger kennt viele Beispiele dieser Art, er beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Genossenschaften. Die aktuelle Gründungswelle im Erneuerbaren-Bereich führt er darauf zurück, dass die Projekte „wirtschaftliche Erträge erwarten lassen, umweltschonend sind und soziales Engagement vereinen“. Flieger, in der Szene gerne als „Genossenschafts-Papst“ tituliert, engagiert sich selber in der Freiburger Genossenschaft Energie in Bürgerhand (EiB). Die EiB will mit einem Kapitalstock von 100 Millionen Euro beim Energieversorger Thüga, dem fünfgrößten in Deutschland, einsteigen (neue energie 8/2009).

Durch die Genossenschaft ließe sich „eine höhere Identifikationsmöglichkeit mit den Energieprojekten vor Ort erzielen“, erklärt Flieger. Es sei auch ein Kampf um die Macht im Energiemarkt, der bislang von wenigen Unternehmen beherrscht wird. Thüga gehörte etwa bis Herbst vorigen Jahres Deutschlands größtem Energieversorger Eon. „Die Genossenschaft bricht die Energiemacht, ist doch diese Rechtsform schwe-

Genossenschaften in Kürze

In Deutschland gibt es knapp 8000 Genossenschaften. Davon sind rund 5000 Mitglied im Dachverband Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. (DGRV). Im DGRV sind zwölf Prüfungsverbände organisiert, während sich im Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften eine Reihe weiterer spezialisierter Prüfungsverbände angeschlossen haben.

Viele Genossenschaften blicken auf eine lange Geschichte zurück, einige sind schon über 100 Jahre alt. Es sind sehr stabile Unternehmen, die Insolvenzrate ist verschwindend gering. Jährlich gehen nur eine Handvoll Genossenschaften Pleite.

Bei Energiegenossenschaften ist ein kleiner Gründungsboom zu verzeichnen. Mittlerweile gibt es über 200 Photovoltaik-, circa 30 Nahwärme- und rund 60 Elektrifizierungsgenossenschaften. Genossenschaftsexperte Burkhard Flieger rechnet mit rund 1000 Energiegenossenschaften bis zum Jahr 2020. Mit von der Partie werden neben Neugründungen auch die alteingesessenen Genossenschaftsverbände sein, die sich mehr und mehr ins Energiegeschäft einmischen. Ob die Gewerkschaften mit dem Modell von Betriebsbelegschaftsgenossenschaften im Bereich der erneuerbaren Energien ihre politischen Urwurzeln wieder entdecken, bleibt abzuwarten.

rer zu steuern als andere Kapitalgesellschaften“, analysiert Flieger.

Aber nicht nur das liebe Geld, sondern die Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort und damit emotionale Motive, stünden bei diesen Modellen im Fokus, erklärt er. Sei der Leidensdruck hoch genug, bilde sich eine Genossenschaft auch über politische Grenzen hinweg. „Da finden sich Christlich-Wertkonservative mit linken Wohngemeinschafts-Freaks zusammen, um sehr pragmatisch ein demokratische, dezentrale und grüne Energieversorgung voranzubringen.“ Die Genossenschaft als Basisdemokratie? Das eher nicht, findet Flieger. Sie sei eher mit den Strukturen einer parlamentarischen Demokratie en miniature vergleichbar.

Schwerfälliger als andere Gesellschaftsformen

Dass die Gründung einer Genossenschaft am Anfang aufwändiger ist als etwa eine GmbH & Co KG, räumt Flieger ein. Neben der Vorarbeit für ein schlüssiges Geschäftsmodell gilt es, viele Akteure unter einem Hut zu bekommen. Die Gesellschaft

muss sich von einem der bundesweit rund 35 Prüfungsverbände einer kostenpflichtigen Prüfung unterziehen, bevor sie ins Register eines Amtsgerichtes eingetragen werden kann. Die Vorfinanzierung der vor der Gründung entstehenden Kosten ist oft ein Problem, weil diese Arbeit häufig in den Händen weniger Ideengeber liegt, die dafür viel Zeit investieren, die sie später in der Genossenschaft nicht entlohnt bekommen. Immerhin ist die Genossenschaft im Gegensatz zu anderen Kapitalgesellschaften von der Prospektspflicht befreit; hier werden also Kosten- und Zeitaufwand eingespart.

Gerade bei sehr großen Energieprojekten kann es im Vorfeld zu Liquiditätsengpässen kommen – ein Problem, das allerdings nicht nur Genossenschaften haben. Jedoch müssen die treibenden Akteure hier nicht nur einen potenziellen Investor von ihren unternehmerischen Zielen überzeugen, sondern Dutzende Genossen. Dies ist gerade bei Vorhaben, die langjährige Planungen und eine Reihe von K.O.-Risiken mit sich bringen, nicht leicht. Trotzdem ist es für Genossenschaftsexperten Flieger zumindest theo-

retisch und de jure kein Problem, mit einer Genossenschaft auch einen Offshore-Windpark zu betreiben. Allerdings stellt sich die Frage, wer im Vorfeld einer genossenschaftlichen Gründung den riesigen Berg Arbeit mit welchem Etat bewältigen soll. Zudem: Wer bezahlt, wenn das Projekt trotz intensiver Planung vor Baubeginn scheitert?

Unabhängig von Träumereien auf dem Meer – auch an Land haben Windprojekte längst Investitionsvolumina erreicht, an die sich Akteure aus dem Genossenschaftssegment selten heranwagen. So registriert Carlo Reeker, beim Bundesverband Wind-Energie (BWE) zuständig für die Mitgliederbetreuung, bisher nur „wenige Genossenschaften“ als Mitglieder im Verband. Und Stefan Dierkes, Rechtsanwalt aus Oldenburg und Mitglied im Juristischen Beirat des BWE, kann aus seiner Perspektive auch „keinen Trend hin zur genossenschaftlichen Rechtsform in der Windenergiebranche“ erkennen. Dierkes bevorzugt Kommanditgesellschaften. Seine Begründung: „Bei einer GmbH & Co. KG kann man den Gesellschaftervertrag schneller den aktuellen Än-

derungen anpassen, sie ist im geschäftlichen Umgang leichter zu handhaben.“ Genossenschaften hält er eher für „idealistische Vereinigungen“, bei denen neben geschäftlichen Motiven soziale, kulturelle und politische Aspekte eine wichtige Rolle spielen.

Dem werden die Protagonisten der neuen Genossenschaftsbewegung kaum widersprechen. Im Gegenteil: Genau hier sehen sie den feinen Unterschied zu anderen Geschäftsmodellen. Für Flieger und Diestel soll die Energiewelt erneuerbar und demokratischer zugleich werden. Mit dieser Zielsetzung stehen sie nicht allein: Die Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau in der Pfalz haben im Zusammenspiel mit dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium einen Weiterbildungskurs zum genossenschaftlichen Projektentwickler angeschoben. „Wir brauchen engagierte Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam den Klimaschutz vor Ort in die Hand nehmen und Bürgerkraftwerke realisieren“, postuliert die SPD-Umweltministerin Margit Conrad. Klingt wie bürgerlicher Sozialismus, über den sich Herr Raiffeisen sicher freuen würde. ◀